

Prüfungsbericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses und
des Lageberichtes zum 31. Dezember 2021

gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH
40880 Ratingen

vom 1. Juli 2022

Inhaltsverzeichnis

Seite

Anlagenverzeichnis	3
1 Prüfungsauftrag	4
2 Grundsätzliche Feststellungen	4
2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	4
2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	6
2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	8
3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	13
3.1 Gegenstand der Prüfung	13
3.2 Art und Umfang der Prüfung	13
4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	15
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	15
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	15
4.1.2 Jahresabschluss	16
4.1.3 Lagebericht	17
4.1.4 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	17
5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse	18
5.1 Rechtliche Grundlagen	18
5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse	19
5.2.1 Vermögenslage	19
5.2.2 Finanzlage	20
5.2.3 Ertragslage	20
5.2.4 Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr	21
6 Schlussbemerkung	22

Anlagenverzeichnis

1 Anlagen zur Rechnungslegung

1.1 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021

1.2 Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021

1.3 Bestätigungsvermerk

2 Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse

2.1 Vermögenslage

2.2 Ertragslage

3 Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

3.1 Gesellschaftsvertrag

3.2 Organe

3.3 Wesentliche Verträge

4 Allgemeine Auftragsbedingungen

Wir haben den Bericht IT-gestützt erstellt. Insbesondere bei der tabellarischen Darstellung von aggregierten Zahlen (z. B. in TEUR) kann es zu marginalen rundungsinduzierten Unplausibilitäten kommen, da den berechneten Werten jeweils genaue ungerundete Daten zugrunde liegen.

1 Prüfungsauftrag

- 1 Die Geschäftsführung der

gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH, Münster

- im Folgenden "gbs" oder "Gesellschaft" - hat uns mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 beauftragt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 22. April 2021 wurden wir zum Abschlussprüfer gewählt.

Dieser Prüfungsbericht ist an die gbs gerichtet.

- 2 Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Prüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.
- 3 Bei der Berichterstattung haben wir den Prüfungsstandard des IDW „Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten“ (IDW PS 450 n. F.) beachtet.
- 4 Für die Durchführung der Prüfung und unsere Verantwortlichkeit gelten - auch im Verhältnis zu Dritten - die unter dem 6. Mai / 20. Mai 2021 getroffene Vereinbarung sowie ergänzend die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017. Sie sind als Anlage Allgemeine Auftragsbedingungen beigelegt. Die Haftung für die Prüfung richtet sich nach § 323 HGB.

2 Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

- 5 Die Geschäftsführung hat die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft im Jahresabschluss und im Lagebericht dargestellt. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Anlagen Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021.
- 6 Folgende Angaben der Geschäftsführung, die zur Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlich sind, sind hervorzuheben:
- Das Jahr 2021 war für die gbs ein Jahr des Umbruchs. Die Migrationsprojekte als wesentlicher Bestandteil des bisherigen Projektgeschäftes wurden größtenteils im Jahr 2020 abgeschlossen. Neue Migrationsprojekte konnten auch bedingt durch die erwartete starke Zurückhaltung der Banken in der Corona Pandemie und grundsätzlich schwieriger Akquisebedingungen nicht gewonnen werden, entsprechende Möglichkeiten von Kurzarbeit wurden von der gbs genutzt.

- Das Ziel, sich aufgrund der Neuausrichtung des Hauptgesellschafters der gbs noch stärker als Partner in der zukünftigen Plattformstrategie der Atruvia zu positionieren, wurde nicht erreicht. Mit dem Gesellschafter Deutsche Apotheker- und Ärztebank (kurz: apoBank) wurde im Jahr 2021 die in 2020 nach dem Cutover der apoBank gestartete Zusammenarbeit erfolgreich fortgesetzt bzw. ausgebaut.
- Vor diesem Hintergrund wurden ab Mitte 2021 mit dem Gesellschafter apoBank und ihrem zukünftigen wichtigen Servicepartner HCL Technologies Germany GmbH (kurz: HCL), Gespräche zur Übernahme der Atruvia-Anteile an der gbs gestartet. Mit Vertrag vom 8.12.2021 hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs (90 %) an die apoBank (hält nun 49%) und die HCL (hält nun 51%) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 1.1.2022, 0.00 Uhr.
- Mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2021 ist die gbs nicht zufrieden, da zum ersten Mal in der Geschichte der gbs kein positives Betriebsergebnis erzielt werden konnte. Die Geschäftsführung der gbs geht aber davon aus, dass in der neuen Gesellschafter-Konstellation die gbs in die Erfolgsspur zurückfinden wird.
- Die Umsatzerlöse liegen mit TEUR 4.416 um TEUR 8.318 unter dem Vorjahreswert. Die Erlöse mit den Gesellschaftern sanken um TEUR 5.478 auf TEUR 1.506. Die Projektumsätze mit Drittkunden fielen um TEUR 2.840 auf TEUR 2.911. Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen Aufwendungen für externe Mitarbeiter und eingekaufte Lizenzen und ist von TEUR 790 um TEUR 161 auf TEUR 951 gestiegen. Der Personalaufwand verringerte sich um TEUR 736 auf TEUR 6.364.
- Das Jahresfehlbetrag beträgt TEUR -3.430 und liegt damit um TEUR 4.938 unter dem Vorjahr (Jahresüberschuss TEUR 1.508). Zusammenfassend beurteilt die Geschäftsführung die Ertragslage als enttäuschend und existenzgefährdend.
- Das Eigenkapital verminderte sich ergebnisbedingt um TEUR 3.430 auf TEUR 1.641; die Eigenkapitalquote beträgt damit 24%. Die Verbindlichkeiten stiegen um TEUR 15 auf TEUR 422; ihr stehen liquide Mittel in Höhe von TEUR 4.859 (Vorjahr: TEUR 8.411) gegenüber. Diese sind mit einem Anteil von 71% (Vorjahr 82%) weiterhin die wesentliche Position auf der Aktivseite.

- Die gbs geht davon aus, dass in den nächsten Jahren weitere substanzielle Investitionen in die Digitalisierung der Geschäftsprozesse und die Erneuerung der in die Jahre gekommenen Legacy Systeme in allen Bankbereichen erfolgen. Für die gbs als IT-Spezialist bedeuten diese insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Eigentümerstruktur ab 1.1.2022 neue Möglichkeiten, das bisherige Lösungs- und Service-Offering noch gezielter bei der Unterstützung des 49%-Gesellschafter apoBank einzubringen und darüber hinaus gemeinsame mit dem 51%-Gesellschafter HCL neue Themen zu besetzen und entsprechend zu vermarkten.
 - Die neuen Gesellschafter planen, die gbs stärker als bisher in Projekten zu beauftragen, in Serviceprozesse einzubinden und Mitarbeiterzahl, Umsatz und Rentabilität in den nächsten Jahren signifikant zu erhöhen.
- 7 Die Beurteilung der Lage der Gesellschaft durch die Geschäftsführung entspricht unseren im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen.

2.2 Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

- 8 Bei der Durchführung unserer Prüfung haben wir folgende berichtspflichtige Tatsachen im Sinne des § 321 Abs. 1 S. 3 HGB festgestellt, welche die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen oder ihren Bestand gefährden können:
- Die gbs hat in 2021 einen Jahresfehlbetrag von -3,4 Mio. EUR erzielt. Somit verblieb zum 31. Dezember 2021 ein restliches Eigenkapital von 1,6 Mio. EUR.
 - Aufgrund der uns ursprünglich vorgelegten Planung würde die gbs in 2022 einen Jahresfehlbetrag von - 2,9 Mio. EUR erzielen, womit sie dann zum Jahresende 2022 mit - 1,3 Mio. EUR überschuldet wäre.
 - Aufgrund einer uns inzwischen aktualisierten Planung wird nun mit einem negativen Betriebsergebnis von -1,8 Mio. EUR gerechnet.
- 9 Daraus ergeben sich nach unserer Einschätzung möglicherweise die nachstehend aufgezeigten wesentlichen Konsequenzen für die Gesellschaft:

Zur Vermeidung der insolvenzrechtlichen Folgen einer drohenden Überschuldung und drohenden Zahlungsunfähigkeit haben die beiden seit 1. Januar 2022 bestehenden Gesellschafter der gbs, die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG und die HCL Technologies Germany GmbH mit Datum vom 1. Juli 2022 eine sog. "harte" Patronatserklärung unterschrieben, die bis zum 31. Dezember 2023 gültig ist. Die Fortführung des Unternehmens ist damit bis zum 31. Dezember 2023 gesichert.

Mit dieser Patronatserklärung verpflichten sich beide Gesellschafter ab dem Zeitpunkt der Unterschrift dafür zu sorgen, dass die gbs finanziell so ausgestattet bleibt, dass sie ihre Verpflichtungen gegenüber Dritten pünktlich und vollständig erbringen kann. Diese Erklärung darf auch gegenüber Dritten zur Absicherung von Lieferungen und Leistungen verwendet werden.

Die Entwicklung im ersten Halbjahr 2022 mit knapp -1,0 Mio. EUR Fehlbetrag und einem per 30. Juni 2022 verbleibenden Eigenkapital von 0,6 Mio. EUR lässt nicht darauf schließen, dass eine Ertragswende bereits im Geschäftsjahr 2022 erreicht werden kann. Wie im Lagebericht dargestellt, besteht deswegen bei einer fortgesetzten unzureichenden Ertragslage ein bestandsgefährdendes Risiko und damit eine wesentliche Unsicherheit über die Fortführung des Unternehmens ab dem 1. Januar 2024.

2.3 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

- 10 Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 (Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 (Anlage Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021) der Kapitalgesellschaft unter dem Datum vom 1. Juli 2022 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH, Münster

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang sowie die Angaben in Abschnitt 6 „Chancen und Risikobericht“ des Lageberichts, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertragslage befindet. Wie in den „Allgemeinen Angaben“ und Abschnitt 6 dargelegt, zeigen diese Ereignisse und Gegebenheiten, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs.2 Satz 3 HGB darstellt.

Unsere Prüfungsurteile sind bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen."

Neu-Isenburg, 1. Juli 2022

AWADO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

gez. Begemann

Wirtschaftsprüferin

gez. Neupel

Wirtschaftsprüfer

3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

3.1 Gegenstand der Prüfung

- 11 Gegenstand der Prüfung gemäß §§ 316 ff. HGB sind die Buchführung und der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021.

- 12 Die Prüfung des Jahresabschlusses erstreckte sich darauf, ob die deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und in allen wesentlichen Belangen beachtet worden sind. Der Lagebericht war darauf zu prüfen, ob er in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht.

- 13 Die gbs ist eine mittelgroße Gesellschaft gemäß § 267 Abs. 2 HGB.

- 14 Die Geschäftsführung trägt die Verantwortung für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen und die dem Abschlussprüfer gemachten Angaben. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung und die gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

- 15 Unsere Prüfung erstreckte sich - soweit nichts anderes bestimmt ist - nicht darauf festzustellen, ob der Fortbestand des Unternehmens zugesichert werden kann oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

- 16 Die Prüfung wurde von uns mit Unterbrechungen in den Monaten November 2021 bis Juni 2022 vorgenommen.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

- 17 Art und Umfang der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts richteten sich nach §§ 316 ff. HGB und den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung des IDW.

- 18 Die Prüfungsstrategie ist an den Risikofaktoren des zu prüfenden Unternehmens ausgerichtet (risikoorientierter Prüfungsansatz). Zur Beurteilung der Risikofaktoren und zur Festlegung der Prüfungsstrategie haben wir im Rahmen einer Voruntersuchung sowie auch kontinuierlich im Verlauf der Prüfung Informationen über das Unternehmen und dessen Umfeld gewonnen. Die Informationsgewinnung erstreckte sich insbesondere auf die Geschäftstätigkeit, die Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, das rechtliche und wirtschaftliche Umfeld, das Rechnungswesen, die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze, die Organisation und das Interne Kontrollsystem sowie das System zur Steuerung und Überwachung des wirtschaftlichen Erfolgs.

Auf Basis dieser Informationen haben wir unter Beachtung der berufsrechtlichen Vorgaben und der Wesentlichkeit ein risikoorientiertes Vorgehen praktiziert.

- 19 Neben den Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung (einschließlich Aufbauprüfungen) und Funktionsprüfungen haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen durchgeführt. Art und Umfang der aussagebezogenen Prüfungshandlungen wurden unter Beachtung der Wesentlichkeit und der Risikobeurteilung sowie den Ergebnissen der Funktionsprüfungen festgelegt.
- 20 Als Prüfungsschwerpunkte wurden von uns die Umsatzrealisation, die Going Concern Prämisse sowie die Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen identifiziert.
- 21 Angaben im Lagebericht, insbesondere prognostische Angaben, haben wir vor dem Hintergrund der Jahresabschlussangaben auf Plausibilität und Übereinstimmung mit den während der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen beurteilt.
- 22 Zur Erlangung ausreichender und angemessener Prüfungsnachweise, um begründete Schlussfolgerungen zur Bildung von Prüfungsurteilen zu ziehen, wurden Verfahren der bewussten Auswahl bzw. repräsentative Auswahlverfahren verwendet.
- 23 Ausgangspunkt unserer Prüfung war der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft zum 31. Dezember 2020, dem von der DGR Deutsche Genossenschafts-Revision Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GmbH, Bonn, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden ist.

Die Eröffnungsbilanzwerte haben wir daraufhin geprüft, ob sie ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen wurden. Darüber hinaus haben wir den Vorjahresprüfungsbericht kritisch durchgesehen, ein Gespräch mit dem Vorjahresprüfer geführt, Einblick in dessen Arbeitspapiere genommen und uns von der Fortführung der bisher gewählten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden überzeugt.

- 24 Für den Nachweis der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir unter Zugrundelegung geeigneter Auswahlverfahren Bestätigungen Dritter eingeholt. Forderungen und Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen wurden zudem konzernintern abgestimmt.
- 25 Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen zu Kreditinstituten wurden Bankbestätigungen eingeholt.
- 26 Zur Beurteilung von Risiken aus Rechtsstreitigkeiten sowie der steuerlichen Verhältnisse wurden Rechtsanwalts- bzw. eine Steuerberaterbestätigung eingeholt.

- 27 Bei unserer Beurteilung haben wir uns auch auf Prüfungsergebnisse und Untersuchungen Dritter als Sachverständige der gesetzlichen Vertreter (z. B. versicherungsmathematische Gutachten und Berichte externer Prüfer bei Auslagerungsunternehmen) gestützt und diese soweit möglich verwertet.
- 28 Die von der Geschäftsführung unterzeichnete berufsübliche Vollständigkeitserklärung liegt uns vor.
- 29 In der Vollständigkeitserklärung wurde uns versichert, dass in dem vorliegenden Jahresabschluss sämtliche Vermögensgegenstände und Schuldposten enthalten und alle erkennbaren Risiken berücksichtigt sind sowie der Lagebericht alle für die Beurteilung der Lage wesentlichen Gesichtspunkte und die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.
- 30 Die Geschäftsführung und die in der Vollständigkeitserklärung genannten Personen haben die erbetenen Aufklärungen und Nachweise erbracht.

4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

- 31 Die Buchführung erfolgt IT-gestützt und ist an die Atruvia AG ausgelagert. Die Atruvia AG hat die Buchhaltung in einem Shared Service Center organisiert, das den überwiegenden Teil der Konzernunternehmen betreut. Eingesetzt wird die Standardsoftware SAP ERP ECC (ERP Central Component), die Geschäftsprozesse der Gesellschaft werden mit den Modulen Fi/CO (Finanzbuchhaltung / Controlling), AA (Anlagenbuchhaltung) und SD (Vertrieb) abgewickelt. Die Bereitstellung des SAP-Systems wird durch die Atruvia übernommen. Dazu gehören der Betrieb eines Rechenzentrums, die Basisadministration sowie die Aktualisierung, Weiterentwicklung und das Customizing des Systems.
- 32 Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Finanzbuchhaltung der Gesellschaft aus dem Quellsystem SAP G00 Mandant 455 in das Zielsystem SAP P38 Mandant 038 migriert. Zum Stichtag 28. Februar 2021 erfolgte die Übernahme, die Migration der Daten und die Produktivsetzung des Buchungskreises erfolgte am 1. März 2021. Seit dem Stichtag ist die Gesellschaft als eigenständiger Buchungskreis (0049 gbs GmbH) im System P38 angelegt. Die Migration wurde im Wesentlichen durch die Atruvia AG geplant und durchgeführt. Im Rahmen der Jahresabschlussprüfung haben wir die Konzeption und Durchführung der Migration anhand von Unterlagen, die durch die Atruvia AG zur Verfügung gestellt wurden, bewertet.

- 33 Die Lohn- und Gehaltsabrechnungen werden durch die Peras GmbH, Karlsruhe, verarbeitet. Das Modul SAP-HCM (Personalwirtschaft) ist in die Finanzbuchhaltung über Schnittstellen integriert.
- 34 Die Rechtsbeziehungen zur Muttergesellschaft sind durch einen Geschäftsbesorgungsvertrag geregelt. Danach obliegt dieser die technische und organisatorische Abwicklung der Buchführung. Die Verantwortlichkeit für die Buchführung in handels- und steuerrechtlicher Hinsicht verbleibt bei der gbs.
- 35 Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die getroffenen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit der IT-gestützten Rechnungslegung zu gewährleisten.
- 36 Bei unserer Prüfungstätigkeit ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass das IT-gestützte Rechnungslegungssystem nicht den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere den einschlägigen Ordnungsmäßigkeits- und Sicherheitsanforderungen entspricht, um die gesetzlich geforderten Prüfungsaussagen über die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung treffen zu können.
- 37 Die Informationen aus den weiteren geprüften Unterlagen sind in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß in Buchführung und Jahresabschluss sowie Lagebericht abgebildet.

4.1.2 Jahresabschluss

- 38 Der geprüfte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 ist diesem Bericht als Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 beigelegt.
- 39 Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.
- 40 Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet; die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.
- 41 Der Anhang enthält die nach den gesetzlichen Vorgaben erforderlichen Angaben und Erläuterungen.
- 42 Die Inanspruchnahme der Schutzklausel gemäß § 286 HGB ist zu Recht erfolgt.

4.1.3 Lagebericht

- 43 Der geprüfte Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 ist diesem Bericht als Anlage Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 beigelegt.
- 44 Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in allen wesentlichen Belangen in Einklang mit dem Jahresabschluss und entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften.

4.1.4 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

- 45 Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
- 46 Auf die Bewertungsgrundlagen (Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie wertbestimmende Faktoren) geht die Gesellschaft im Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021) ein.

5 Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse

5.1 Rechtliche Grundlagen

- 47 Die gesellschaftsrechtlichen Grundlagen sind in der Anlage Gesellschaftsvertrag dargestellt.
- 48 Gesellschafter der gbs waren mit einem Anteil von 90 % am Stammkapital die Atruvia AG und mit einem Anteil von 10 % die apoBank.
- 49 Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 (UR-Nr. 508/2021) hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90%) an die apoBank (hält nun 49%) sowie die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51%) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 1.1.2022, 0.00 Uhr.
- 50 Zur Besetzung der Geschäftsführung verweisen wir auf den Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021).
- 51 Hinsichtlich der bestehenden Verträge von besonderer Bedeutung verweisen wir auf die Anlage Wesentliche Verträge .
- 52 Rechtsstreitigkeiten, die sich auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft erheblich auswirken können, liegen nach den erhaltenen Auskünften und unseren Feststellungen nicht vor. Für die absehbaren rechtlichen Risiken aus Insolvenzanfechtung infolge der Insolvenz eines Kunden sind per 31.12.2020 Rückstellungen in Höhe von TEUR 462 gebildet worden, die per 31.12.2021 unverändert beibehalten wurden. Fernen wurden auf Forderungen gegen diesen Kunden per 31.12.2020 Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 719 gebildete, die per 31.12.2021 unverändert beibehalten wurden.

5.2 Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse

5.2.1 Vermögenslage

- 53 Zur Darstellung der Vermögenslage verweisen wir auch auf die Anlage Vermögenslage.
- 54 Zur Entwicklung des Anlagevermögens verweisen wir auf den Anlagenspiegel im Anhang (vgl. Anlage Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021).
- 55 Die Sachanlagen haben sich im Wesentlichen aufgrund der Abschreibungen um TEUR 73 reduziert.
- 56 Die Vorräte haben sich im Wesentlichen aufgrund einer als Handelsware erworbenen Softwarelizenz um TEUR 143 erhöht.
- 57 Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen befinden sich mit TEUR 933 auf Vorjahresniveau. Vom Forderungsbestand sind Einzelwertberichtigungen in Höhe von TEUR 719 und eine Pauschalwertberichtigung von TEUR 7 abgesetzt.
- 58 Die Forderungen gegen Beteiligungsunternehmen von TEUR 54 (Vorjahr TEUR 110) betreffen die apoBank.
- 59 Die Sonstigen Vermögensgegenstände enthalten insbesondere Steuererstattungsansprüche aus Körperschaftsteuer (TEUR 526, Vorjahr TEUR 440) sowie Ansprüche aus Mietkautionen von unverändert TEUR 91.
- 60 Die liquiden Mittel, die sich um TEUR 3.552 reduziert haben, enthalten Kontokorrentguthaben bei der DZ Bank (TEUR 3.139) und der apoBank (TEUR 1.720).
- 61 Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021		31.12.2020		Veränderung	
Gezeichnetes Kapital	100,0	6,1	100,0	2,0	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	3.463,7	211,1	3.463,7	68,3	0,0	0,0
Bilanzgewinn/-verlust	-1.922,7	-117,2	1.507,7	29,7	-3.430,4	-227,5
Eigenkapital	<u>1.641,0</u>	<u>100,0</u>	<u>5.071,4</u>	<u>100,0</u>	<u>-3.430,4</u>	<u>-67,6</u>

- 62 Insgesamt ergab sich damit eine Veränderung des Eigenkapitals um TEUR -3.430 bzw. -67,6 % auf TEUR 1.641. Unter Berücksichtigung der Erhöhung der Bilanzsumme führte dies zu einer Verringerung der Eigenkapitalquote um 25,4 %-Punkte auf 24,0 %.
- 63 Aus § 253 Abs. 6 HGB ergab sich eine Ausschüttungssperre in Höhe von TEUR 172.

- 64 Die Pensionsrückstellungen betrafen 40 Anwartschaften, davon 19 unverfallbare Anwartschaften ausgeschiedener Mitarbeiter und 5 Leistungsempfänger. Die Veränderung resultiert insbesondere aus Zinsänderungs- und Aufzinsungseffekten.
- 65 Die Sonstigen Rückstellungen berücksichtigten insbesondere Personalarückstellungen mit TEUR 990 (Vj: TEUR 1.189) sowie Rückstellungen für rechtliche Risiken unverändert mit TEUR 462. Die Rückstellungen für Garantie sind mit TEUR 26 aufgrund des Umsatzrückgangs deutlich zurückgegangen (Vj: TEUR 124).
- 66 Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 113 auf TEUR 228.
- 67 Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen insbesondere gegenüber der Atruvia AG mit TEUR 13 (Vj: TEUR 22) für Dienstleistungen sowie der Peras mit TEUR 3 (Vj: TEUR 0).
- 68 Die Sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen mit TEUR 79 Verbindlichkeiten aus Steuern (Vj: TEUR 51). Im Vorjahr waren hier im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus dem Personalbereich mit TEUR 181 enthalten.

5.2.2 Finanzlage

- 69 Der Anteil des Fremdkapitals von 5.187 (Vorjahr: 5.197 TEUR) an der Bilanzsumme belief sich zum Bilanzstichtag auf 76,0 % (Vorjahr 50,6 %). Ursächlich für den Anstieg der Fremdkapitalquote ist insbesondere der Rückgang des Eigenkapitals aufgrund des erzielten Jahresfehlbetrags.
- 70 Die Fremdkapitalstruktur ist wie im Vorjahr maßgeblich durch Rückstellungen (TEUR 4.750; Vorjahr: TEUR 4.791) geprägt.
- 71 Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt maßgeblich durch Eigenkapital und Pensionsrückstellungen.
- 72 Die Gesellschaft verfügte zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von TEUR 4.859 (Vorjahr: TEUR 8.411).

5.2.3 Ertragslage

- 73 Zur Darstellung der Ertragslage verweisen wir auch auf die Anlage Ertragslage.

74 Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich im letzten Geschäftsjahr folgende Entwicklung:

	2021		2020		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	4.416,4	100,0	12.734,0	100,0	-8.317,6	-65,3
Bestandsveränderung	7,5	0,2	-295,1	-2,3	302,6	-102,5
Materialaufwand	951,2	21,5	790,0	6,2	161,2	20,4
Rohhertrag	3.472,7	78,7	11.648,9	91,5	-8.176,2	-70,2
Sonstige betriebliche Erträge	168,9	3,8	443,3	3,5	-274,4	-61,9
Personalaufwand	6.363,7	144,1	7.099,7	55,8	-736,0	-10,4
Abschreibungen	81,0	1,8	103,9	0,8	-22,9	-22,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.008,8	22,8	2.634,4	20,7	-1.625,6	-61,7
Betriebsergebnis	-3.811,9	86,2	2.254,2	17,7	-6.066,1	-269,1
Zinsergebnis	1,6	0,0	-6,5	0,1	8,0	-123,1
Ergebnis vor Steuern	-3.810,3	86,2	2.247,7	17,6	-6.058,1	-269,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-381,0	8,6	739,1	5,8	-1.120,1	-151,5
Sonstige Steuern	1,2	0,0	0,9	0,0	0,3	33,3
Jahresergebnis	-3.430,5	77,6	1.507,7	11,8	-4.938,3	-327,5

75 Entgegen der Entwicklung der Umsatzerlöse ist der Materialaufwand um TEUR 161 TEUR bzw. 20,4 % gestiegen.

76 Der Personalaufwand verringerte sich um -736,0 TEUR bzw. -10,4 %. Die Veränderung resultierte maßgeblich aus dem Rückgang an Personal.

77 Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR 1.009 enthalten insbesondere Aufwendungen für Gebäude- und Energiekosten (TEUR 286; Vorjahr: TEUR 469), Personalnebenkosten (TEUR 209; Vorjahr: TEUR 290) sowie Dienstleistungen verbundener Unternehmen (TEUR 99; Vorjahr: TEUR 118). Die Veränderung um TEUR -1.626 bzw. -61,7 % resultierte maßgeblich aus Sondereffekten im Vorjahr, darunter der Zuführung zu Einzelwertberichtigungen infolge der Insolvenz eines Kunden von TEUR 719 sowie der Bildung von Rückstellungen von Rechtsrisiken von TEUR 462.

78 Insgesamt ist das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um TEUR -6.066 auf TEUR -3.811,9 gesunken.

79 Insgesamt ergab sich ein Jahresergebnis von TEUR -3.430, das insbesondere aufgrund stark rückläufiger Umsatzerlöse um TEUR 4.938 gesunken ist.

5.2.4 Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

80 Gemäß den uns vorgelegten vorläufigen Zahlen per 30. Juni 2022 beläuft sich der aufgelaufene Fehlbetrag im Geschäftsjahr 2022 auf -1,0 Mio. EUR und das verbleibende Eigenkapital per 30. Juni 2022 auf -0,6 Mio. EUR.

6 Schlussbemerkung

- 81 Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2021 und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2021 der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH, Münster, erstat-
ten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ord-
nungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten (IDW PS 450 n. F.).
- 82 Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist im Berichtsabschnitt Wiedergabe des
Bestätigungsvermerks enthalten.
- 83 Neu-Isenburg, 1. Juli 2022

AWADO GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Katharina Begemann
Wirtschaftsprüferin

Alain Neupel
Wirtschaftsprüfer



gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH

Jahresabschluss 2021

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Lagebericht

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021

		Aktiva	
		31.12.2021	31.12.2020
		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Software sowie Lizenzen			
an solchen Rechten und Werten	10.566,00		9.774,09
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	98.070,00		171.423,06
III. Finanzanlagen			
Sonstige Ausleihungen	50,00		50,00
Anlagevermögen insgesamt	108.686,00		181.247,15
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Unfertige Leistungen	38.673,00		-
2. Waren	135.000,00		31.153,00
	173.673,00		31.153,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	932.929,51		938.509,35
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	53.651,15		110.266,72
3. Sonstige Vermögensgegenstände	658.696,29		555.027,79
	1.645.276,95		1.603.803,86
III. Guthaben bei Kreditinstituten		4.858.728,78	8.410.921,97
Umlaufvermögen insgesamt	6.677.678,73		10.045.878,83
C. Rechnungsabgrenzungsposten		41.865,64	41.642,37
Summe der Aktiva	6.828.230,37		10.268.768,35

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2021

				Passiva
			31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital			100.000,00	100.000,00
II. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen			3.463.654,53	3.463.654,53
III. Bilanzverlust (i.Vj. Bilanzgewinn)			-1.922.711,34	1.507.734,02
Eigenkapital insgesamt			1.640.943,19	5.071.388,55
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.094.179,00		2.936.817,00
2. Steuerrückstellungen		77.512,81		-
3. Sonstige Rückstellungen		1.578.143,27		1.853.967,67
			4.749.835,08	4.790.784,67
C. Verbindlichkeiten				
1. Erhaltene Anzahlungen		98.101,08		-
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		228.104,76		113.211,63
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		16.374,54		33.867,15
4. Sonstige Verbindlichkeiten		79.809,97		259.516,35
davon aus Steuern	78.525,81			51.415,76
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.239,16			1.369,42
			422.390,35	406.595,13
D. Rechnungsabgrenzungsposten			15.061,75	-
Summe der Passiva			6.828.230,37	10.268.768,35

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom

1. Januar bis zum 31. Dezember 2021

	2021			2020
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		4.416.430,23		12.733.972,84
2. Erhöhung (i.Vj. Verminderung) des Bestands an unfertigen Leistungen		7.520,00		-295.078,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		168.929,10		443.320,36
		4.592.879,33		12.882.215,20
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Waren		11.031,42		47.011,54
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		940.162,84		742.980,69
		951.194,26		789.992,23
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter		5.387.891,78		6.027.107,10
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung		975.799,57 222.774,99		1.072.641,74 (286.092,64)
		6.363.691,35		7.099.748,84
6. Abschreibungen				
auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		80.965,11		103.936,62
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.008.801,35		2.634.352,37
		1.089.766,46		2.738.288,99
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		69.852,32		69.354,78
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		68.304,66		75.800,51
		1.547,66		-6.445,73
10. Steuererstattungen (i.Vj. Steuern) vom Einkommen und vom Ertrag		-380.984,56		739.064,39
11. Ergebnis nach Steuern		-3.429.240,52		1.508.675,02
12. Sonstige Steuern		1.204,84		941,00
13. Jahresüberschuss		-3.430.445,36		1.507.734,02
14. Gewinnvortrag		1.507.734,02		-
15. Bilanzverlust (i. Vj. Bilanzgewinn)		-1.922.711,34		1.507.734,02

Anhang

Allgemeine Angaben

Die gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH mit Sitz in Münster ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 2 HGB.

Die Gesellschaft wird beim Amtsgericht Münster unter der Nummer HRB 10289 geführt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

Sofern Angaben zu Abschlussposten wahlweise in der Bilanz bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen diese Angaben im Anhang. Die größenabhängigen Erleichterungen des § 288 HGB werden zum Teil in Anspruch genommen.

Die Geschäftsführung ist aufgrund der von den beiden seit 1. Januar 2022 bestehenden Gesellschaftern abgegebenen, bis zum 31.12.2023 befristeten harten Patronatserklärung bei der Aufstellung des Jahresabschlusses mit Datum 1.7.2022 von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit ausgegangen. Sollte die Verlustsituation auch nach dem Auslaufen der Patronatserklärung fortbestehen, ist der Fortbestand des Unternehmens gefährdet. Im Übrigen wird auf die Angaben im Lagebericht im Abschnitt 6 „Chancen- und Risikobericht“ verwiesen.

Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **Immateriellen Vermögensgegenstände** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 Jahren angesetzt.

Die Gegenstände des **Sachanlagevermögens** sind mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren angesetzt.

Die **Finanzanlagen** werden mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Vorräte** werden mit Herstellungskosten bzw. Anschaffungskosten bewertet. Die zum Bilanzstichtag angesetzten Herstellungskosten umfassen die Einzelkosten sowie die zurechenbaren Gemeinkosten.

Die **Forderungen** und **Sonstigen Vermögensgegenstände** werden zum Nennwert angesetzt. Erkennbaren Risiken im Forderungsbestand wird durch Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Bilanzansatz der **Liquiden Mittel** entspricht dem Nennwert.

Die **Pensionsrückstellungen** werden auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Berechnungen auf Basis der Richttafeln 2018 G (Prof. Dr. Heubeck) nach der PUC-Methode bewertet. Der Rechnungszins (1,87 %) wird gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt. Ferner wird ein Gehaltstrend von 2 % und ein Rententrend von 2,00 % berücksichtigt.

Die Rückstellungen für Pensionen in Höhe von 3.094 TEUR liegen um 172 TEUR (Unterschiedsbetrag) unter dem Bewertungsansatz für Pensionsrückstellungen, der sich zum 31. Dezember 2021 bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinssatzes ergeben hätte. Dieser Unterschiedsbetrag von 172 TEUR (Vj. 226 TEUR) unterliegt gemäß § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Die freien Rücklagen der Gesellschaft liegen zum Stichtag über dem Unterschiedsbetrag.

Die **Jubiläumsrückstellungen** werden nach der PUC-Methode unter Berücksichtigung eines Gehaltstrends von 2 % und der betriebsüblichen Fluktuation bewertet. Der Zinssatz von 1,35 % ist gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB nach der Vereinfachungsregel ermittelt worden.

Die **übrigen Rückstellungen** werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden künftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen.

Die **Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

- Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung der in der Bilanz enthaltenen Posten der **Immateriellen Vermögensgegenstände** und der **Sachanlagen** ergeben sich aus dem im Anhang integrierten Anlagenspiegel.

Die **Forderungen** sind, wie im Vorjahr, innerhalb einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr fällig.

Die im Zusammenhang mit einem laufenden Insolvenzverfahren bei einem Kunden im Vorjahr gebildeten **Einzelwertberichtigungen** in Höhe von 719 TEUR blieben unverändert. Darüber hinaus wurde dem allgemeinen Ausfallrisiko durch die Bildung einer **Pauschalwertberichtigung** in Höhe von 7 TEUR Rechnung getragen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit 54 TEUR (Vj. 110 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und bestehen gegenüber einer Gesellschafterin.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten antizipative Posten in Höhe von 19 TEUR (Vorjahr 443 TEUR). Diese betreffen im Folgejahr abziehbare Vorsteuern, Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer.

Die **Guthaben bei Kreditinstituten** beinhalten mit 1.720 TEUR (Vj. 1.669 TEUR) Forderungen gegen Gesellschafter.

Der **Bilanzgewinn** zum 31. Dezember 2020 wurde auf neue Rechnung vorgetragen.

Die **Sonstigen Rückstellungen** entfallen im Wesentlichen auf:

	TEUR
- nicht genommener Urlaub und Überstunden	236
- Jahresabschlussvergütung	19
- Variable Vergütung	621
- Jubiläumsverpflichtung	68
- Garantie/Gewährleistung	26
- Rechtliche Risiken	462
- fehlende Rechnungen	75

Die Angaben zu den Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** sind in dem folgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt:

	31.12.2021 in TEUR (31.12.2020)	Restlaufzeit bis 1 Jahr in TEUR	Restlaufzeit über 1 Jahr in TEUR	Davon über 5 Jahre in TEUR
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	98 (0)	98 (0)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	228 (113)	228 (113)	0 (0)	0 (0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	16 (34)	16 (34)	0 (0)	0 (0)
sonstige Verbindlichkeiten	80 (259)	80 (259)	0 (0)	0 (0)
Summe	422 (406)	422 (406)	0 (0)	0 (0)

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen mit 46 TEUR Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (i. Vj. 34 TEUR) und mit TEUR 30 (i. Vj. 0 TEUR) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen in Höhe von 43 TEUR und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen von 30 TEUR gegenüber einer Gesellschafterin.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage der gbs GmbH von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von ca. 850 TEUR und betreffen im Wesentlichen Serviceverträge und Mietverpflichtungen. Davon entfallen auf verbundene Unternehmen 14 TEUR. Der Zweck und Vorteil der Mietverträge liegt vor allem in der niedrigeren Kapitalbindung gegenüber dem Erwerb.

- Gewinn- und Verlustrechnung

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind periodenfremde Erträge von 35 TEUR und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 131 TEUR enthalten.

Die **Personalaufwendungen** enthalten 51 TEUR periodenfremde Aufwendungen.

In den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** sind Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen von 68 TEUR (Vj. 76 TEUR) enthalten.

Nachtragsbericht

Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs – Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90 %) an die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (hält nun 49 %) und die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51 %) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 1. Januar 2022, 0.00 Uhr.

Aufgrund einer möglichen Überschuldung zum 31. Dezember 2022 haben die beiden ab 1. Januar 2022 übernehmenden Gesellschafter mit Datum vom 01.07.2022 eine sog. harte Patronatserklärung unterschrieben, die bis zum 31.12.2023 gültig ist.

Mit dem Angriff durch Russland am 24. Februar 2022 hat die Ukraine den Kriegszustand ausgerufen. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft niederschlagen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen.

Sonstige Angaben

Die durchschnittliche Zahl der 2021 beschäftigten Arbeitnehmer (alles Angestellte) betrug 48,8 (Vorjahr 52,8) Personen.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Mutterunternehmen, das den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen aufstellt, ist die Atruvia AG (vormals Fiducia & GAD IT AG), Frankfurt. Die Konzernabschlüsse der Atruvia AG werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Geschäftsführer der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH sind Herr Rainer Erich Backes (bis 6. April 2022) und Herr Nils Köhler. Die Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit hauptberuflich aus.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Bilanzverlust des Geschäftsjahres von –1.922.711,34 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Münster, 01. Juli 2022



Köhler

Lagebericht gbs 2021



Inhaltsverzeichnis

1	Geschäftsmodell	1
2	Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf	2
3	Ertragslage	3
4	Finanzlage	4
5	Vermögenslage	5
6	Chancen- und Risikobericht	6
7	Prognosebericht	8

1 Geschäftsmodell

Die Gesellschaft für Banksysteme GmbH (kurz: gbs) ist IT-Beratungs- und Lösungshaus. Der gbs-Fokus liegt u.a. auf Lösungen, die für das jeweilige Geschäftsmodell einer Bank ergänzend zum Kernbankverfahren zum Einsatz kommen. Als Individualisierungs/- Migrations/- und Integrationspartner der Atruvia AG berücksichtigen wir insbesondere kundenindividuelle Anforderungen. Dabei begleiten und beraten wir unsere Kunden von der ersten Idee bis zur Umsetzung. Im Rahmen der fachlichen Anwendungsbetreuung sorgen wir für das Zusammenspiel zwischen Kernbankverfahren und ergänzenden IT-Lösungen, z.B. für das Wertpapiergeschäft der Bank, die Vermögensverwaltung und das Pfandbriefgeschäft. Lösungen zur Automatisierung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen sowie die Implementierung neuer Zusammenarbeitsmodelle (Collaboration) runden unser Portfolio ab. Die auf Basis von Standardsoftware oder individuell entwickelter Software erstellten Lösungen werden weiterentwickelt und im Betrieb fachlich betreut. Hierzu platzieren wir in den Projekten unserer Kunden einzelne Mitarbeiter oder ganze Projektteams. Diese Leistungen rechnen wir nach Zeit und Aufwand, als Gewerk und/oder gegen Lizenzgebühren ab. Im Jahr 2021 sind wir damit gestartet unsere branchenunabhängigen Services und Lösungen auch in anderen Branchen, u.a. in der öffentlichen Verwaltung zu platzieren.

Unser Leistungsspektrum zusammengefasst:

- Fach- und IT- Beratung
- Entwicklung und Integration von Individuallösungen
- Prozessoptimierung und Prozessautomation
- Digital New Work, Collaboration
- Customizing und Integration von Standardsoftware
- Migrationsberatung
- Fachliches Application Management

Kundenstruktur:

- Genossenschaftliche Finanzgruppe
- Privatbanken
- Spezialbanken

2 Rahmenbedingungen und Geschäftsverlauf

Die Rahmenbedingungen im Bankenumfeld sind seit Jahren geprägt durch die andauernde Niedrigzinsphase und steigende regulatorische Anforderungen. Im Gegensatz zur FED reagiert die EZB (noch) nicht auf die aktuell höchste Inflationsrate seit der Wiedervereinigung und bleibt bei Ihrem Kurs des „billigen Geldes“. Die Herausforderungen der Digitalisierung und die konsequente Ausrichtung der Geschäftsprozesse an ihren Kunden erfordern hohe Investitionen in die Informationstechnologie, die immer mehr zu einem der wichtigsten Erfolgsfaktoren in den Banken wird. Die Corona Pandemie ist ein weiterer Katalysator, der Veränderungen in der internen und externen Zusammenarbeit erfordert. Neue Wettbewerber, die smarte Lösungen für die Kunden der Banken bereitstellen und über Kooperationen mit „White Label Banken“ (Solaris Bank) als Bank ohne eigene Lizenz agieren, sind für den Kampf um die Kunden gut gerüstet. Insgesamt belasten diese Rahmenbedingungen die Ertragslage der Banken immer mehr. Banken müssen ihr Geschäftsmodell anpassen und erweitern. Eine weitere Konsolidierung des Bankenmarktes durch Filialschließungen und Fusionen wird erwartet.

In der gbs war das Jahr 2021 ein Jahr des Umbruchs. Die Migrationsprojekte als wesentlicher Bestandteil des bisherigen Projektgeschäftes wurden größtenteils im Jahr 2020 abgeschlossen. Neue Migrationsprojekte konnten auch bedingt durch die erwartete starke Zurückhaltung der Banken in der Corona Pandemie und grundsätzlich schwieriger Akquisebedingungen nicht gewonnen werden, entsprechende Möglichkeiten im Kontext von Kurzarbeit wurden von uns genutzt.

Das Ziel, sich aufgrund der Neuausrichtung unseres Hauptgesellschafters noch stärker als Partner in der zukünftigen Plattformstrategie der Atruvia zu positionieren wurde nicht erreicht. Entsprechende Planungen hinsichtlich des Einsatzes von gbs Mitarbeiterressourcen im Programm Kundenfokus sind aufgrund einer eher intern fokussierten Sicht der Atruvia und damit ausbleibender Beauftragungen nicht erfolgt. Mit dem Gesellschafter Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG (kurz apoBank) wurde im Jahr 2021 die in 2020 nach dem Cutover der apoBank gestartete Zusammenarbeit erfolgreich fortgesetzt bzw. ausgebaut.

Vor diesem Hintergrund wurden ab Mitte 2021 mit dem Gesellschafter apoBank und ihrem zukünftigen wichtigen Servicepartner HCL, Gespräche zur Übernahme der Atruvia Anteile an der gbs gestartet. Mit Vertrag vom 08.12.2021 (UR-Nr 508/2021) hat die Atruvia AG ihre Anteile an der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH (90%) an die apoBank (hält nun 49%) und die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51%) verkauft. Wirtschaftlicher Stichtag ist der 01.01.2022, 0.00 Uhr.

Mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2021 sind wir nicht zufrieden, da zum ersten Mal in der Geschichte der gbs kein positives Betriebsergebnis erzielt werden konnte. Wir gehen aber davon aus, dass in der neuen Gesellschafter-Konstellation die gbs in die Erfolgsspur zurückfinden wird.

3 Ertragslage

Die Umsatzerlöse liegen mit 4.416 TEUR um 8.318 TEUR unter den Vorjahreswert. Die Erlöse mit den Gesellschaftern sanken um 5.478 TEUR auf 1.506 TEUR.

Die Projektumsätze mit Drittkunden fielen um 2.840 TEUR auf 2.911 TEUR.

Der Materialaufwand enthält im Wesentlichen Aufwendungen für externe Mitarbeiter und eingekaufte Lizenzen und ist um 161 TEUR auf 951 TEUR unter anderem aufgrund rückläufiger Mitarbeiterzahlen gestiegen.

Der Personalaufwand von 6.364 TEUR verringert sich um 736 T€.

Die Abschreibungen verringerten sich um 23 TEUR auf 81 TEUR.

Der sonstige betriebliche Aufwand sanken um 1.625 TEUR vor dem Hintergrund von im Vorjahr erforderlichen hohen Wertberichtigungen auf 1.009 TEUR.

Nach Berücksichtigung des Zinsergebnisses von 2 TEUR (Vorjahr -7 TEUR) und Steuern von -380 TEUR (Vorjahr 739 TEUR) wurde ein Jahresfehlbetrag von 3.430 TEUR (Vorjahr Jahresüberschuss 1.507 TEUR) erzielt.

Der Wegfall der Umsätze mit den Gesellschaftern konnte ebenso wie die Reduzierung der Projektumsätze mit Drittkunden nicht durch neue Akquisen kompensiert werden.

Zusammenfassend wird die Ertragslage als enttäuschend und existenzgefährdend beurteilt.

4 Finanzlage

Das Eigenkapital verminderte sich ergebnisbedingt um 3.430 TEUR auf 1.641 TEUR; die Eigenkapitalquote beträgt damit 24 %.

Das Fremdkapital sinkt von 5.198 TEUR auf 5.187 TEUR. Gemessen am Gesamtkapital beträgt die Fremdkapitalquote damit 76 %.

Die Verbindlichkeiten stiegen um 15 TEUR auf 422 TEUR; diesen stehen liquide Mittel in Höhe von 4.859 TEUR (Vorjahr 8.411 TEUR) gegenüber.

5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist im Berichtsjahr um 3.441 TEUR auf 6.828 TEUR gesunken.

Die liquiden Mittel sind mit einem Anteil von 71 % (Vorjahr 82 %) weiterhin die wesentliche Position auf der Aktivseite.

Das Anlagevermögen hat sich um 72 TEUR (Vorjahr 181 TEUR) verringert.

Auf der Passivseite bilden das Eigenkapital mit 24 % und Rückstellungen mit 70 % die wesentlichen Positionen.

Die Rückstellungen betreffen neben Pensionsrückstellungen von 3.094 TEUR (Vorjahr 2.937 TEUR) vorwiegend weitere personalbezogene Rückstellungen.

6 Chancen- und Risikobericht

Unsere Zielkunden haben in den letzten Jahren gezielt Investitionen in die Modernisierung ihrer IT-Systeme und die Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse getätigt. Neue Wege, in Kooperationen mit FinTechs sind zu erkennen. Kooperative Plattformen rücken in den Fokus. Die Informationstechnologie wird dabei immer mehr zum entscheidenden Erfolgsfaktor, wobei es darum geht die Trends im „Banking“ zu erkennen und diese in einer zukunftsfähigen und kostenoptimierten „Gesamtarchitektur“ abzubilden.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass in den nächsten Jahren weitere substantielle Investitionen in die Digitalisierung der Geschäftsprozesse und die Erneuerung der in die Jahre gekommenen Legacy Systeme in allen Bankbereichen erfolgen.

Für die gbs als IT-Spezialist bedeuten diese insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Eigentümerstruktur neue Möglichkeiten, das bisherige Lösungs- und Service-Offering noch gezielter bei der Unterstützung des 49% Gesellschafter apoBank einzubringen und darüber hinaus mit dem 51% Gesellschafter HCL Technologies gemeinsame neue Themen zu besetzen und entsprechend zu vermarkten.

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1.1.2022 hat neben der HCL GmbH die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG in Summe 90 % der Anteile unserer Gesellschaft von der Atruvia AG erworben. Dies erfolgte zum Zwecke, dass die Deutsche Apotheker und Ärztebank eG ihr IT-Zielbild über eine Partnerschaft mit der HCL und Einbindung der gbs erreicht und damit unter Fortführung desselben Geschäftsbetriebs auch eine Verbesserung der Ergebnissituation der gbs erzielt werden kann.

Trotz Verkauf ihrer Anteile wird die Atruvia auch weiterhin partnerschaftlich mit der gbs zusammenarbeiten. Die Beauftragung als Generalunternehmer für die Migration aller VR Banken von Lotus Notes in die Microsoft Welt (Projekt: Way2digitalwork) unterstreicht dies deutlich. Wir gehen davon aus, dass weitere Beauftragungen in diesem Kontext erfolgen und darüber hinaus stärker als bisher die Individualisierungskompetenz der gbs beim Aufbau der Banking Plattformen der Atruvia genutzt wird.

Grundsätzlich stimmt sich die Geschäftsführung regelmäßig hinsichtlich möglicher Chancen und Risiken im Rahmen der Geschäftsführungssitzungen ab.

Im Rahmen Ihres Risikomanagements prüft die gbs regelmäßig folgende Risiken und erstellt dazu quartalsweise Risikoberichte, die im Rahmen von MaRisk auch den relevanten Kunden zur Verfügung gestellt werden:

- Informationssicherheit
- IT-Risiken
- Notfallmanagement
- Personelle Risiken
- Reputationsrisiken
- Internes Kontrollsystem (IKS)
- Liquiditätsrisiken
- Sonstiges

Im Jahr 2021 waren in keinem der Bereiche mittlere oder hohe Risiken erkennbar.

Die Geschäftsführung geht in der ursprünglichen Planung für die Geschäftsjahre 2022 – 2024 von einer Fortsetzung der bestandsgefährdenden Ertragslage aus. Die Planung wurde

mittlerweile aktualisiert und es wird auch im Geschäftsjahr 2022 mit einem Fehlbetrag gerechnet. Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit und damit der Fortführung des Unternehmens haben die beiden neuen Gesellschafter der gbs, apobank GmbH sowie HCL Technologies Germany GmbH mit Datum vom 01.07.2022 eine sog. harte Patronatserklärung erteilt. Aufgrund dieser Patronatserklärung verpflichten sich beide Gesellschafter gegenüber der gbs, dieser die zur Erfüllung ihrer jeweils fälligen Forderungen benötigten Mittel zur Verfügung zu stellen, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung zu vermeiden. Die Patronatserklärung ist bis zum 31.12. 2023 befristet. Sollte sich die unzureichende Ertragslage entgegen der aktualisierten Planung auch nach dem Auslaufen der Patronatserklärung fortsetzen, resultiert daraus ein bestandsgefährdendes Risiko. Es besteht somit eine wesentliche Unsicherheit über die Fortführung des Unternehmens ab dem 1.1.2024.

7 Prognosebericht

Die neuen Gesellschafter planen, die gbs stärker als bisher in Projekten zu beauftragen, in Serviceprozesse einzubinden und Mitarbeiterzahl, Umsatz und Rentabilität in den nächsten Jahren signifikant zu erhöhen.


Um die mit der Neuausrichtung verbundene Ziele zu erreichen, sind intensive Abstimmungen mit den Gesellschaftern und Investitionen erforderlich. So besteht insbesondere die Notwendigkeit von Neueinstellungen oder Stellenverlagerungen in die gbs.

Auf Basis der derzeitigen personellen Ausstattung der gbs, den aktuell beauftragten und in Akquise befindlichen Projekten rechnet die Geschäftsführung mit einem negativen Betriebsergebnis in Höhe von 1,8 Mio. EUR. Abhängig von der Umsetzungsgeschwindigkeit der geplanten Maßnahmen kann dieses auch geringer ausfallen.

Wir weisen darauf hin, dass die unseren Ausführungen in den Abschnitten "Chancen- und Risikobericht" und "Prognosebericht" zugrunde liegenden Prognosen auf unseren Einschätzungen vor Eintritt des Russland-Ukraine-Konflikts beruhen. In welchem Umfang sich die Auswirkungen explizit auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unserer Gesellschaft niederschlagen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen.

gbs – Gesellschaft für Banksysteme GmbH

Münster, 01. Juli 2022



Köhler

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH, Münster

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die „Allgemeinen Angaben“ im Anhang sowie die Angaben in Abschnitt 6 „Chancen und Risikobericht“ des Lageberichts, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass sich die Gesellschaft in einer angespannten Ertragslage befindet. Wie in den „Allgemeinen Angaben“ und Abschnitt 6 dargelegt, zeigen diese Ereignisse und Gegebenheiten, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs.2 Satz 3 HGB darstellt.

Unsere Prüfungsurteile sind bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Neu-Isenburg, 1. Juli 2022

AWADO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

Katharina Begemann

Wirtschaftsprüferin

Alain Neupel

Wirtschaftsprüfer



Vermögenslage

	31.12.2021		31.12.2020		31.12.2019	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
AKTIVA						
Immaterielle Vermögensgegenstände	10,6	0,2	9,8	0,1	10,0	0,1
Sachanlagen	98,1	1,4	171,4	1,7	183,1	2,0
Finanzanlagen	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0
Anlagevermögen	<u>108,8</u>	<u>1,6</u>	<u>181,3</u>	<u>1,8</u>	<u>193,2</u>	<u>2,1</u>
Vorräte	173,7	2,5	31,2	0,3	326,2	3,5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	932,9	13,7	938,5	9,1	257,7	2,8
Forderungen gegen verbundene und Beteiligungsunternehmen	53,6	0,8	110,3	1,1	756,1	8,1
Sonstige Vermögensgegenstände	658,7	9,6	555,0	5,4	219,1	2,4
Liquide Mittel	<u>4.858,7</u>	<u>71,2</u>	<u>8.410,9</u>	<u>81,9</u>	<u>7.517,7</u>	<u>80,9</u>
Umlaufvermögen	<u>6.677,6</u>	<u>97,8</u>	<u>10.045,9</u>	<u>97,8</u>	<u>9.076,8</u>	<u>97,7</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>41,8</u>	<u>0,6</u>	<u>41,6</u>	<u>0,4</u>	<u>26,3</u>	<u>0,3</u>
Umlaufvermögen und RAP	<u>6.719,4</u>	<u>98,4</u>	<u>10.087,5</u>	<u>98,2</u>	<u>9.103,1</u>	<u>98,0</u>
Bilanzsumme	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>	<u>9.296,3</u>	<u>100,0</u>
PASSIVA						
Gezeichnetes Kapital	100,0	1,5	100,0	1,0	100,0	1,1
Rücklagen	3.463,7	50,7	3.463,7	33,7	3.135,0	33,7
Bilanzgewinn	<u>-1.922,7</u>	<u>-28,2</u>	<u>1.507,7</u>	<u>14,7</u>	<u>1.643,3</u>	<u>17,7</u>
Eigenkapital	<u>1.641,0</u>	<u>24,0</u>	<u>5.071,4</u>	<u>49,4</u>	<u>4.878,3</u>	<u>52,5</u>
Pensionsrückstellungen	3.094,2	45,3	2.936,8	28,6	2.621,1	28,2
Andere Rückstellungen	<u>1.655,7</u>	<u>24,2</u>	<u>1.854,0</u>	<u>18,1</u>	<u>1.246,8</u>	<u>13,4</u>
Rückstellungen	<u>4.749,9</u>	<u>69,5</u>	<u>4.790,8</u>	<u>46,7</u>	<u>3.867,9</u>	<u>41,6</u>
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	228,1	3,3	113,2	1,1	143,1	1,5
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene und Beteiligungsunternehmen	16,4	0,2	33,9	0,3	197,1	2,1
Sonstige Verbindlichkeiten, Anzahlungen	<u>177,7</u>	<u>2,6</u>	<u>259,5</u>	<u>2,5</u>	<u>209,9</u>	<u>2,3</u>
Verbindlichkeiten	<u>422,2</u>	<u>6,1</u>	<u>406,6</u>	<u>3,9</u>	<u>550,1</u>	<u>5,9</u>
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>15,1</u>	<u>0,2</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>	<u>0,0</u>
Verbindlichkeiten und RAP	<u>437,3</u>	<u>6,3</u>	<u>406,6</u>	<u>3,9</u>	<u>550,1</u>	<u>5,9</u>
Bilanzsumme	<u>6.828,2</u>	<u>100,0</u>	<u>10.268,8</u>	<u>100,0</u>	<u>9.296,3</u>	<u>100,0</u>

Ertragslage

	2021		2020		2019	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	4.416,4	99,8	12.734,0	102,4	11.450,7	97,3
Bestandsveränderungen	7,5	0,2	-295,1	-2,4	319,3	2,7
Gesamtleistung	4.423,9	100,0	12.438,9	100,0	11.770,0	100,0
Materialeinsatz	-951,2	21,5	-790,0	6,4	-853,2	7,2
Rohertrag	3.472,7	78,5	11.648,9	93,6	10.916,8	92,8
Sonstige ordentliche betriebliche Erträge	3,1	0,1	82,5	0,7	79,7	0,7
Ordentliche betriebliche Erträge	3.475,8	78,6	11.731,4	94,3	10.996,5	93,4
Personalaufwand	-6.312,7	142,7	-7.099,7	57,1	-6.782,2	57,6
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	-81,0	1,8	-103,9	0,8	-30,6	0,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.003,2	22,7	-1.908,5	15,3	-1.787,1	15,2
Betriebssteuern	-1,2	0,0	-0,9	0,0	-0,1	0,0
Ordentliche betriebliche Aufwendungen	-7.398,1	167,2	-9.113,0	73,3	-8.600,0	73,1
Betriebsergebnis	-3.922,3	88,7	2.618,4	21,1	2.396,5	20,4
Zinsen und ähnliche Erträge	69,9	1,6	69,4	0,6	69,0	0,6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-68,3	1,5	-75,8	0,6	-80,3	0,7
Finanzergebnis	1,6	0,0	-6,4	0,1	-11,3	0,1
Ergebnis aus Forderungsbewertung	0,0	0,0	-726,0	5,8	0,0	0,0
Erträge von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Erträge	165,9	3,8	360,8	2,9	84,7	0,7
Aufwendungen von außergewöhnlicher Bedeutung und periodenfremde Aufwendungen	-56,6	1,3	0,0	0,0	0,0	0,0
Neutrales Ergebnis	109,3	2,5	-365,2	2,9	84,7	0,7
Ergebnis vor Ertragsteuern	-3.811,4	86,2	2.246,8	18,1	2.469,9	21,0
Ertragsteuern	381,0	8,6	-739,1	5,9	-826,6	7,0
Jahresergebnis	-3.430,4	77,5	1.507,7	12,1	1.643,3	14,0

Gesellschaftsvertrag

Firma	gbs - Gesellschaft für Banksysteme GmbH
Sitz:	Münster
Amtsgericht, Registernummer:	Münster, HRB 10289
Gründungsjahr:	2005
Gesellschaftsvertrag	
gültig in der Fassung vom	10. März 2016
im Handelsregister eingetragen am	21. März 2016
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr
Unternehmensgegenstand:	<p>Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftervertrags die Durchführung von IT-Leistungen für genossenschaftliche Banken und andere Auftraggeber im genossenschaftlichen Verbund sowie Privatbanken auf dem Gebiet:</p> <ul style="list-style-type: none">- der IT Fach- und Prozessberatung für Bankensoftware-Module und IT-Migrationen,- der Aufbereitung und Erstellung von Konzepten, Dokumentationen und Pflichtenheften für bankenspezifische Softwarelösungen,- der Entwicklung und Service von und für bankenspezifischen Individuallösungen und Schnittstellen,- des Vertriebs, der Bereitstellung und Betreuung von Standard- und Individuallösungen von IT-gestützten Banksystemen. <p>Gegenstand des Unternehmens ist auch die Personalüberlassung im Rahmen der genannten Gebiete.</p>

Gesellschafteranteile:

Das Stammkapital der Gesellschaft betrug zum letzten Bilanzstichtag 100.000,00 EUR.

Gesellschafter der gbs sind zum 31. Dezember 2021 mit einem Anteil von 90 % am Stammkapital die Atruvia AG und mit einem Anteil von 10 % die apoBank.

Mit Vertrag vom 8. Dezember 2021 hat die Atruvia AG ihre Anteile an der Gesellschaft zum 1. Januar 2022 an die apoBank (hält nun 49 %) und die HCL Technologies Germany GmbH (hält nun 51 %) verkauft.

Organe

Gesellschafterversammlung

- ordentliche

Datum: 22. April 2021

Beschlüsse:

Feststellung des Jahresabschlusses: erfolgte für das Geschäftsjahr 2020

Gewinnverwendung: Vortrag auf neue Rechnung:

1.507.734,02 EUR

Entlastung des Geschäftsführung: erfolgte für das Geschäftsjahr 2020

weitere wesentliche Beschlüsse: Wahl des Abschlussprüfers

- außerordentliche

Datum: 16. September 2021

besondere Beschlüsse: Beratung weiteres Vorgehen der gbs

Geschäftsführer

Backers, Rainer Erich
Köhler, Nils

Vertretung der Gesellschaft

lt. Handelsregister durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen

Wesentliche Verträge

Wesentliche Verträge

Die gbs hat mit der Atruvia AG einen Rahmenvertrag über die interne Zusammenarbeit geschlossen. Der Vertrag regelt den Austausch von Lieferungen und Leistungen der beiden Unternehmen für die eigenen Zwecke im internen Verhältnis, wie Buchführung, Jahresabschlusserstellung und IT-Dienstleistungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Personalabrechnung auf eine Tochtergesellschaft der Atruvia ausgelagert.

Mit Vertrag vom 3. Februar 2012 vereinbarte die gbs mit der apoBank die rückwirkende Übertragung von Versorgungsverpflichtungen sowie noch nicht unverfallbarer Anwartschaften zum 1. Oktober 2011 (Übertragungstichtag). Auf Basis des Gutachtens zur Wertermittlung vom 28. Dezember 2011 ergab sich ein einmaliger Übertragungswert zum Übertragungstichtag in Höhe von 841 TEUR. Die apoBank verpflichtete sich, den Übertragungswert unbefristet mit 5,16 % zu verzinsen. Soweit die apoBank aus den Versorgungszusagen von Dritten wirksam in Anspruch genommen wird, ist der Übertragungswert für die Person inklusive der Zinsen an die apoBank rückzuvorgüten.

Mit der AEPF III S.à.r.l. mit Sitz in der Avenue Charles de Gaulle 2 in Luxemburg wurde ein Mietvertrag über Büroflächen mit einer Fläche von 1.161 m² und 40 Stellplätzen in der Kaiserwerther Straße 115 in Ratingen geschlossen. Das Mietverhältnis beginnt am 1. Juni 2020 und ist für eine Festmietzeit von mindestens fünf Jahren geschlossen, wobei unterschiedliche Verlängerungsoptionen vereinbart sind.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.